

Autor: Hanna Kastendieck
Seite: 27
Ressort: Lokales

Jahrgang: 2021
Nummer: 73
Auflage: 20.275 (gedruckt)¹ 17.099 (verkauft)¹
 17.297 (verbreitet)¹
Reichweite: 0,062 (in Mio.)²

Mediengattung: Tageszeitung

¹ IVW 3/2020

² AGMA ma 2020 Tageszeitungen

Die Opfer waren zwischen zwei und 16 Jahre alt

Die Ev. Kirche hat die Missbrauchsfälle im Kinderheim Margaretenhort aufarbeiten lassen – Die Ergebnisse sind erschütternd

Hanna Kastendieck

Harburg Die Gefahr lauerte im Keller. Sie lauerte im Bad. Und manchmal kam sie direkt in die Kinderzimmer der Mädchen. Dort warteten die Jungs, 16 Mitbewohner des Heims und vier Jugendliche aus der Nachbarschaft, die ihnen Gewalt antaten.

In den siebziger und achtziger Jahren kam es im Margaretenhort, einem Kinderheim der evangelischen Kirche an der Haakestraße im Stadtteil Heimfeld zu schweren sexuellen Übergriffen. Die Opfer, zwischen zwei und 16 Jahre alt, mussten über Jahre hinweg die Qualen ertragen. Unter dem Wissen der Erzieherinnen wurden zahlreiche Mädchen und Jugendliche, teils aber auch kleine Jungen, sexuell missbraucht, vergewaltigt oder waren zusätzlich weiterer Gewalt ausgesetzt.

2016 machte sich der Kirchenkreis Hamburg-Ost auf die Suche nach Zeitzeugen und bat Betroffene, ihre Geschichte zu erzählen, sich ihrer Leidgeschichte noch einmal zu stellen. Vier Frauen waren bereit, gemeinsam mit der Kirche diesen Weg zu gehen. Mit Hilfe ihrer mutigen Aussagen hat Historikerin Ulrike Winkler in den vergangenen vier Jahren die Geschehnisse aufgearbeitet. „Kein sicherer Ort“ heißt die Forschungsarbeit, die die schrecklichen Geschehnisse zusammenträgt und die Frage beantwortet, wie so etwas überhaupt geschehen konnte.

Den Kindern und Jugendlichen wurde nicht geglaubt – egal, was sie sagten. Das ist die wohl wichtigste Erkenntnis von Wissenschaftlerin Ulrike Winkler. Dafür gibt es im Buch erschütternde Beispiele. Ihnen wurde nicht geglaubt, dass Jugendliche, die ebenfalls in dem Kinderheim wohnten, ihnen sexuelle Gewalt angetan haben. Ihnen wurde nicht geglaubt, dass im Badezimmer Mitbewohner auf sie warteten, sie zwingen, sich vor dem älteren Mitbewohner

zu bücken und sie missbraucht wurden. Ihnen wurde nicht geglaubt, dass im Keller des Kinderheims die Jungs sie bedrängten und sie nachts in ihren eigenen Betten vergewaltigten. „Alles, was sie sagten, war den Erzieherinnen suspekt – denn die Kinder kamen aus kaputten Familien, sie galten für das Heim als seelisch gestörte Kinder, denen man gar nicht glauben kann“, sagt Ulrike Winkler. „Sie wurden für ihre Aussagen noch angefahren und als Lügnerinnen und Schlampe bezeichnet.“ Mindestens zwei Erzieherinnen, ein Erzieher und mit hoher Wahrscheinlichkeit auch die Leiterin Ingeborg Hirscherler wussten, dass es in einzelnen Gruppen Jungen gab, die jüngere Mitbewohnerinnen und Mitbewohner schlugen, beschimpften, sexuell nötigten und auch vergewaltigten, so das Ergebnis der Forschungsarbeit. „Alle wussten mehr oder weniger darum, aber niemand hat die Probleme offen angesprochen“, sagt die Historikerin. Das sei nach wie vor das große Trauma der Betroffenen. Sie seien sogar noch bestraft worden für das, was sie gesagt hätten. „Ihre Suche nach Hilfe wurde als Lüge und Trümperei abgetan.“ Bevorzugte Opfer seien Mädchen gewesen und kleine Kinder. Kinder, die mit sehr jungen Jahren, aus katastrophalen Familienverhältnissen kamen, zum Teil massive Gewalt in den Pflegefamilien erfahren hatten und sehr vulnerabel und liebesbedürftig gewesen sind.

Dass solche Vorfälle überhaupt möglich gewesen sind, liegt nach Recherchen von Ulrike Winkler in dem Aufbau der Einrichtung, sowohl konzeptionell als auch räumlich. „Man hat Familialisierung und Co-Eduktion gelebt, hatte aber kein Konzept dafür. Man versuchte in den Heimen analoge Strukturen zur klassischen Familie nachzubilden. Dabei hatte bereits damals das Jugendamt davon abgeraten, ältere

männliche Mitbewohner gemeinsam mit Mädchen in einer Zwölfer-Gruppe unterzubringen. „Man hat sich darüber hinweggesetzt“, sagt Ulrike Winkler. „Für diese intimen Lebenskonstellationen wären Regeln wichtig gewesen hinsichtlich Nähe und Distanz. Die aber gab es nicht.“ Auch die Räumlichkeiten der Einrichtung mit ihren langen dunklen Fluren, den nicht abschließbaren Zimmern und nicht einsehbaren Ecken wie dem Keller hätten dazu beigetragen, dass solche Vorfälle ungesehen passieren konnten.

Irgendwann, so ergaben die Gespräche mit den Zeitzeugen, hätten die Betroffenen im Heim aufgegeben, sich den Erzieherinnen anzuvertrauen. Sie hätten geschwiegen, die Dinge unter sich ausgemacht. Erst 30 Jahre später, ermutigt durch Ulrike Murmann, Pröbstin des Kirchenkreises Hamburg-Ost, haben sie die Kraft gefunden, das Unfassbare in Worte zu fassen. Ulrike Murmann hat die Gespräche seelsorgerisch begleitet. Die Erzählungen sind ihr sehr nah gegangen. „Die Erzieherinnen und Erzieher damals haben den Kindern nicht geglaubt. Sie haben nicht die Schutzmaßnahmen ergriffen, die sie hätten ergreifen müssen. Das beschämt uns sehr. Das ist auch eine Schuld, an der wir als Kirche zu tragen haben.“

Rainer Reißmann, seit 2016 Geschäftsführer des Margaretenhorts, erfüllt das jahrelange Schweigen und Nichthandeln mit Fassungslosigkeit. „Ich bin Ulrike Winkler sehr dankbar, dass sie mit hoher fachlicher Expertise und Einfühlungsvermögen vielfältige Ergebnisse über diese dunkle Zeit des Kinderheims zusammengetragen hat“, sagt er. „Der Mut von zwei Menschen, die das miterlebt haben, hat dazu geführt, dass eine Kollegin von mir als Vertrauensperson angesprochen wurde. Sie hat die wichtigste Entscheidung getroffen: zu glauben, was diese Menschen erzählen.“

Seite: 27
Ressort: Lokales

Nummer: 73
Auflage: 20.275 (gedruckt) ¹ 17.099 (verkauft) ¹
17.297 (verbreitet) ¹
Reichweite: 0,062 (in Mio.) ²

Mediengattung: Tageszeitung
Jahrgang: 2021

¹ IVW 3/2020

² AGMA ma 2020 Tageszeitungen

Margaretenhort

Der Margaretenhort wurde 1907 von der Harburgerin Margarete Wiegels gegründet, um den Arbeiterinnen der Phoenix und der Jutespinnerei eine Kinderbetreuung zu ermöglichen.

1949 wandelte sich die Einrichtung, damals noch an der Nöldekestraße

untergebracht, zu einem Vollheim.

Mitte der 1960er Jahre wurde an der Haakestraße 98 ein neues Gebäude errichtet, in der drei „Familiengruppen“ mit je zwölf Kindern und Jugendlichen untergebracht waren.

Die Einrichtung wurde Mitte der

1980er-Jahre aufgelöst. Träger war seinerzeit der Kirchenkreis Harburg.

Heute ist der Margaretenhort freier Träger der Kinder- und Jugendhilfe und unterstützt Menschen mit psychischen Belastungen. hk

Wörter: 91

Autor: ANNETTE ZOCH/ MATTHIAS DROBINSKI**Seite:** 5**Ressort:** Politik**Ausgabe:** Hauptausgabe¹ von PMG gewichtet 01/2021² von PMG gewichtet 07/2020**Mediengattung:** Tageszeitung**Auflage:** 129.747 (gedruckt)¹ 140.869 (verkauft)¹
143.992 (verbreitet)¹**Reichweite:** 0,556 (in Mio.)²

„Aufarbeitung tut weh“

Wie kann es nach dem Streit um die Missbrauchsstudie im Erzbistum Köln weitergehen? Bischof Stephan Ackermann und der Bundesbeauftragte Johannes-Wilhelm Rörig über Gutachten und deren Grenzen

INTERVIEW: MATTHIAS DROBINSKI UND ANNETTE ZOCH

Vor gut zehn Tagen hat der Strafrechtler Björn Gercke seine Missbrauchsstudie für das Erzbistum Köln vorgestellt. Vorangegangen war ein langer Streit um das erste Gutachten, das Erzbischof Kardinal Rainer Maria Woelki zurückgehalten hatte. Was bedeutet der Vorgang für die katholische Kirche? Ein Gespräch mit Stephan Ackermann, Bischof von Trier und Missbrauchsbeauftragter der Deutschen Bischofskonferenz, und Johannes-Wilhelm Rörig, Unabhängiger Beauftragter der Bundesregierung für Fragen sexuellen Kindesmissbrauchs (UBSKM).

SZ: Herr Rörig, Sie haben im Herbst Kardinal Woelki kritisiert, dass er das Gutachten der Münchner Kanzlei WSW zurückgehalten hat. Jetzt loben Sie ihn. Wird jetzt alles gut?

Johannes-Wilhelm Rörig: In Köln ist noch längst nicht alles in Ordnung. Aber es gibt gute Schritte: das Gutachten, die Konsequenzen daraus, den Weg hin zu einer umfassenden Aufarbeitung durch eine unabhängige Kommission. Der Erzbischof wird die Steuerung aus der Hand legen müssen, ohne dass er aus der Verantwortung entlassen wird.

Kardinal Woelki wirkt nicht, als wolle er das Steuer loslassen.

Rörig: Er muss – mit der Konstituierung der unabhängigen Aufarbeitungskommission. Das haben Bischof Ackermann und ich in der „Gemeinsamen Erklärung“ so vereinbart, die auch Kardinal Woelki jetzt unterzeichnet hat. In der Kommission sitzen neben Kirchenvertretern mehrheitlich Expertinnen und Experten, die von der Landesregierung in Düsseldorf benannt werden, sowie Betroffene. Die Kommission wird sagen, wie es weitergehen muss, nicht der Kardinal. Das wird in anderen Bistü-

mern auch so sein. Die Bischöfe müssen Zugänge zu Archiven, Zeitzeugen, Akten ermöglichen. Einmal im Jahr gibt es einen öffentlichen Bericht über Fortschritte und Defizite.

In wie vielen Bistümern läuft das jetzt so?

Rörig: Nach meinem aktuellen Kenntnisstand haben sich mehr als 20 Bistümer jetzt auf den Weg gemacht. Ich bin hoffnungsvoll – aber umfassende Aufarbeitung tut weh.

Bischof Ackermann, kurz vor Veröffentlichung des Gutachtens in Köln haben Sie gesagt, die Art der Aufarbeitung dort erzeuge große Enttäuschung. Harte Worte.

Stephan Ackermann: Die Enttäuschungen und Irritationen hat es leider gegeben. Es wurde groß ein Gutachten angekündigt, dann wegen äußerungsrechtlicher und methodischer Probleme zurückgehalten. Kardinal Woelki wollte immer aufklären, da bin ich sicher. Aber wie sich die Sache entwickelt hat – das war für uns alle eine große Belastung und hat dem Vertrauen in den Willen zur Aufarbeitung geschadet. Jetzt sieht man das Ergebnis des zweiten Gutachtens.

Mit welchen Erkenntnissen für Sie?

Ackermann: Die Kanzlei Gercke Wollschläger hat, soweit ich sehe, die Vorgänge umfassender und intensiver aufgearbeitet als WSW, nach klaren juristischen Kriterien. Für mich sind die Verbesserungsvorschläge am Schluss wichtig.

Die Kritik an dem Gutachten lautet: Es bleibt auf die Perspektive des Rechts und des Kirchenrechts beschränkt. Und fragt nicht: Was hätte aus Sicht der Opfer passieren müssen?

Ackermann: Jedes Gutachten hat Grenzen. Das Gutachten an sich ist noch

keine Aufarbeitung. Es ist ein Mosaikstein im Prozess der Aufarbeitung. Und da wurde solide Arbeit geleistet.

Und Woelki kann nun weitermachen?

Ackermann: Ja, es gab Enttäuschung und Irritation. Aber die Kritik hatte in den letzten Wochen auch kampagnenhafte Züge. Den Konflikt so auf Kardinal Woelki zu fokussieren und ihn als Oberschurken darzustellen, das war maßlos. Aus dem Gutachten lässt sich kein Grund zum Rücktritt ableiten.

Anders als bei Hamburgs Erzbischof Stefan Heße.

Ackermann: Ich finde es respektabel, dass er so schnell und konsequent reagiert hat. Auch von den anderen Personen, die das Gutachten belastet. Sie übernehmen Verantwortung und versuchen nicht, juristisch dagegen vorzugehen, wohl weil sie die Feststellungen des Gutachtens akzeptieren.

Sie lassen auch in Ihrem Bistum Trier untersuchen, wie die Verantwortlichen handelten. Sie wollen in fünf Jahren fertig sein. Warum dauert das so lange?

Ackermann: Ich halte mich an das, was wir mit Herrn Rörig in der „Gemeinsamen Erklärung“ ausgearbeitet haben. Ich setze auf die Aufarbeitungskommission, die auch bei uns eingerichtet wird. Sie wird zunächst für drei Jahre berufen. Auch bei uns wird sie mit Personen besetzt, die die Landesregierungen in Rheinland-Pfalz und im Saarland benannt haben. Dazu waren Gespräche nötig. Wir richten einen Betroffenenbeirat ein, der seinerseits Vertreter in die Kommission entsendet. Da der Findungsprozess möglichst transparent und unabhängig laufen soll, kostet er Zeit. Aber wenn die Kommission einmal steht, kann sie auch Aufträge vergeben, zum Beispiel ein Rechtsgutachten.

Und wenn das Ihr Verhalten bei

Für Reißmann ist die Aufarbeitung mit der Veröffentlichung des Buches nicht abgeschlossen. „Aus meiner Sicht beginnt sie erst. Nun können wir auf einer fundierten Basis ins Gespräch

gehen.“
Für die Straftäter selbst hat die Aufarbeitung der Geschehnisse keine Konsequenz. Denn die Taten sind verjährt.

damals haben den Kindern nicht geglaubt. Das beschämt uns sehr
Ulrike Murmann,
Pröbstin

Die Erzieherinnen und Erzieher

Fotograf: Frau Eichinger / Bergedorf, BGZ
Abbildung: Rainer Reißmann, Pröbstin Ulrike Murmann, Prof. Dr. Mechthild Wolff und Rainer Kluck (v.l.) bemühen sich um Aufklärung. Hanna Kastendieck HA
Fotograf: HA / Hamburg, HR, HA
Abbildung: Im evangelischen Kinderheim Margaretenhort kam es in den siebziger und achtziger Jahren zu sexualisierter Gewalt an Kindern und Jugendlichen.
Fotograf: HA / Harburg, HA
Wörter: 822
Ort: Harburg

Missbrauchsverdacht kritisiert?

Ackermann: Dann muss ich mich dem stellen.

Oder das Ihres Vorgängers, Kardinal Reinhard Marx?

Ackermann: Dann wird er dies ebenso tun.

Die Landesregierungen scheinen erst einmal vorsichtig zu sein mit der Besetzung solcher Kommissionen. Warum das?

Rörig: Es gab am Anfang sicherlich Ressentiments und Unsicherheit. Aber mir ist es wichtig, dass der Staat, in dem Fall die Bundesländer, nicht Zaungast der Aufklärungsbemühungen bleiben. Jetzt unterstützen sie zumindest bei der Suche nach geeigneten externen Kommissionsmitgliedern.

Klingt zäh.

Rörig: Ich hatte zwischendrin durchaus Sorge, dass da möglicherweise die Angst vor der Verantwortung überwiegt. Mit dem Thema kann sich niemand politisch profilieren. Der Staat hat aber die originäre Aufgabe zu schauen, dass angetanes Unrecht aufgearbeitet wird. Die katholische Kirche kann das nicht allein, die evangelische auch nicht.

Die katholische Kirche kann es nicht allein, Bischof Ackermann?

Ackermann: Nein, das haben wir nach der Veröffentlichung der MHG-Studie ganz klar gesagt. Wir müssen Kontrolle abgeben. Und so wichtig juristische Gutachten sind: Wir müssen darüber hinausgehen. Wir brauchen die Perspektive der Betroffenen. Wir brauchen den Sachverstand verschiedener Disziplinen, der Justiz, Psychologie, Soziologie, Geschichtswissenschaft.

Sie wollen Vereinheitlichung – das Bild, das sich gerade bietet, ist aber eher, dass jedes Bistum macht, was es will.

Rörig: Es laufen da zwei Prozesse parallel. Mehrere Bistümer haben gleich nach 2018 Gutachten in Auftrag gegeben, als die MHG-Studie über das erschütternde Ausmaß des Missbrauchs in den Bistümern erschien. Parallel dazu haben wir mit der Bischofskonferenz ab 2019 an der „Gemeinsamen Erklärung“ über verbindliche Standards der unabhängigen Aufarbeitung in allen Bistümern verhandelt. Ein Konflikt wie in Köln verdeckt das natürlich.

Im Gutachten für das Erzbistum Berlin wurden öffentlich keine Namen von Verantwortlichen genannt. Im Text klafft eine riesige Lücke. Das bleibt deutlich hinter Aachen und Köln zurück.

Rörig: Erzbischof Heiner Koch hat öffentlich zugesagt, dass der zurückgehaltene Teil der zukünftigen Kommission zur Verfügung gestellt wird. Das ist mir wichtig. Wir können das Äußerungsrecht und den Datenschutz nicht einfach über Bord werfen.

Die Kanzlei Redeker, die in Köln das WSW-Gutachten wegen äußerungsrechtlicher Probleme verhindert hat, hat das Gutachten für Berlin erstellt und nennt keine Namen. Die öffentliche Wirkung ist doch verheerend.

Ackermann: Da überkreuzen sich Dinge. Aber wenn ich das richtig sehe, gibt es nur eine begrenzte Anzahl namhafter Kanzleien, die sich mit den spezifischen staatlichen und kirchlichen Fragestellungen auskennen. Redeker berät die Bischofskonferenz und auch Bistümer. Das klingt schnell nach Seilschaft. Aber die Wahrheit ist: Die Expertise ist begrenzt.

Finden Sie überhaupt genügend Betroffene, die in den Kommissionen mitmachen wollen? Das Beispiel des Kölner Betroffenenbeirats, der im Gutachterstreit vom Kardinal und Juristen überfahren wurde, ist da nur abschreckend.

Rörig: Das hat mich an Köln tatsächlich am meisten erschreckt: der Umgang mit dem Betroffenenbeirat. Sich ein Votum gegen ein Gutachten zu holen, mit dem sich die Betroffenen nicht befassen konnten, geht gar nicht. Da verstehe ich, dass ich gefragt werde: Ist das der Standard, den Sie mit Bischof Ackermann vereinbart haben?

Ackermann: Um Himmels willen, nein!

Gibt es denn für Sie, Herr Rörig, ein Ranking unter den Bistümern?

Rörig: Nein, gerade weil die Aufarbeitung aus unterschiedlichen Gründen noch so unterschiedlich läuft. In Rottenburg-Stuttgart oder Freiburg gibt es schon Kommissionen mit spezifischen Aufträgen, in Freiburg sogar unter Vorsitz des Bischofs...

Wie bitte? Erzbischof Burger sitzt dem angeblich unabhängigen Aufarbeitungsgremium vor?

Rörig: Das wird jetzt den Standards der Gemeinsamen Erklärung angepasst. Auch Freiburg wird unabhängig aufarbeiten. Die Standards sollten aber nicht dazu führen, denen, die schon vorgelassen sind, zu sagen: Fangt noch einmal von vorne an.

Herr Rörig, finden Sie, VW sollte den Dieselskandal selbst aufklären?

Rörig: VW sollte auf jeden Fall die

Verantwortung tragen für das, was dort passiert ist. Sie spielen ja mit Ihrer Frage auf die Forderung nach einer unabhängigen Wahrheitskommission an. **Richtig, was halten Sie davon?**

Rörig: Juristisch ist das in Deutschland nicht umsetzbar. Wir müssten an der Grundarchitektur unseres Rechtsstaats Veränderungen vornehmen, man müsste die Strafprozessordnung auf verjährte Fälle übertragen. Und laut Grundgesetz regeln die Kirchen ihre inneren Angelegenheiten selbst. Ich kann mir nicht vorstellen, dass es eine Zwei-Drittel-Mehrheit im Bundestag gibt, die das ändern will.

Also doch Aufklärung und Aufarbeitung den Kirchen überlassen?

Rörig: Nein. Mit der „Gemeinsamen Erklärung“ gibt es jetzt eine sehr gute Basis für unabhängige Aufarbeitung in allen Bistümern. Aber: Es wäre gut, wenn der Deutsche Bundestag diesen Prozess in einem passenden Format begleiten würde. Es sollte sich insgesamt verstärkt mit der Bekämpfung sexueller Gewalt gegen Kinder und Jugendliche und deren Folgen befassen. Wenn es um die katholische Kirche geht, da reagieren Politik und Medien gerade wie ein Mückenschwarm aufs Licht. Aber ich habe den gesamten Komplex sexueller Gewalt gegen Kinder und Jugendliche vor Augen. Es bräuchte eine turnusmäßige gesetzliche Berichtspflicht meines Amtes an den Bundestag, an die Bundesregierung und auch den Bundesrat.

Haben Sie den Eindruck, dass sich Institutionen hinter der katholischen Kirche wegducken? Die evangelische Kirche, Sportvereine, Schulen, staatliche Jugendeinrichtungen?

Rörig: Die katholische Kirche hat eine Vorreiterrolle, was die strukturierte Aufarbeitung angeht. Vor ihr ist im Moment keiner. Hinter ihr sind viele. Die evangelische Kirche in Deutschland will jetzt eine vergleichbare Struktur schaffen. Auch mit dem organisierten Sport gibt es Gespräche. Bei den Schulen wären wir gerne aktiver, wegen Corona ist das im Moment kaum möglich. Wir versuchen alles, um alle aus dem Windschatten der katholischen Kirche herauszuholen.

Herr Rörig, Sie scheiden vorzeitig aus dem Amt des Unabhängigen Beauftragten. Resigniert?

Rörig: Ich bin auch nach zehn Jahren voller Tatendrang. Aber es hat schon an mir genagt: Ich höre in Sonntagsreden seit Jahren, alle Kinder sollen gewalt-

frei aufwachsen, und erlebe, wie wenig Unterstützung es dafür gibt.

Stephan Ackermann

Der 58-Jährige ist seit 2009 Bischof von Trier – als Nachfolger des heutigen Münchner Erzbischofs Reinhard Marx. Studiert hatte er katholische Theologie und Philosophie in Trier und an der

Päpstlichen Universität Gregoriana. 2010 übernahm er das Amt des Missbrauchsbeauftragten der Deutschen Bischofskonferenz.

Johannes-Wilhelm Rörig

Der 61-Jährige war Richter am Arbeitsgericht Berlin und lange Büroleiter der SPD-Politikerin Christine Bergmann,

zunächst beim Berliner Senat und später in ihrem Amt als Bundesfamilienministerin. 2011 wurde er deren Nachfolger als Unabhängiger Beauftragter der Bundesregierung für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs.

Abbildung:

Kirche im Zwielight: Die Versuche, Fälle sexualisierter Gewalt aufzuklären, befördern im Moment eher das Misstrauen. Foto: Oliver Berg/dpa

Abbildung:

Aufarbeiter: Stephan Ackermann (links) und Johannes-Wilhelm Rörig. Foto: UBSKM

Wörter:

1707

Urheberinformation:

DIZdigital: Alle Rechte vorbehalten – Süddeutsche Zeitung GmbH, München